Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 138 (1972)

Heft: 8

Artikel: Zwischen Abschreckung und Kriegführung : schweizerische "Dissuasion" in der Praxis

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-47220

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

westlichen Fortschrittes gelenkt, und dieses Leitbild gehört zum Besten, was wir haben, werde es nun als Wilhelm Tell oder als Fidel Castro dargestellt. Jede Generation muß dieses Leitbild in neuen Formen personifizieren. Dieses Ziel hat die alten Patriarchen geführt, sich um das Wohl aller zu kümmern, nicht nur um das eigene oder das des Stammes wie in vielen andern Kulturen. So entstanden Sicherheit und Anfänge materiellen Wohlstandes. Denken Sie an gute Monarchen oder Kirchenfürsten des Mittelalters, an spätere aufgeklärte Despoten. Mit den Entfaltungsmöglichkeiten, welche die guten Patriarchen schufen, wuchsen die menschlichen Leistungen. Aufklärung und industrielle Revolutionen, vor allem die zunehmende Freiheit brachten nun aber eine Differenziertheit der modernen Welt, der einzelne als Führer nicht mehr gewachsen sein konnten. Anständige Herrscher wurden einfach ungenügend, bösartige wurden zu Diktatoren. Nur demokratische Führungsteams konnten die Lage noch meistern.

Damit werden aber auch andere Persönlichkeiten nötig. Nur mit dem Leitbild des autonomen «gottähnlichen» Menschen ist es nicht mehr getan. Die moderne Teamarbeit fordert Bindung, Engagement, Unterordnung ohne Verlust der Identität, der Eigenständigkeit. Das Problem der Bindung, der Einsamkeit, der Zusammenarbeit, der Hilfe ist akut geworden durch die Fortschritte unserer Welt. Bindung in Gleichheit, Zusammenarbeit in Freiwilligkeit, Wechsel zwischen den Rollen der Gebenden und Nehmenden, des Fürsorgenden und Befürsorgten. Dieses Bindungsproblem muß die Jugend anders meistern. Wir erlebten noch die selbstverständlichen, traditionellen Bindungen der untergehenden patriarchalischen Gesellschaft. Die Jugend muß lernen, in der demokratischen Freiheit Bindungen zu schaffen, freiwillig zu wählen. Wir müssen ihnen helfen, indem wir ihnen diese Gedanken näher bringen, sie nicht der Dürre des Marxismus überlassen, dieser Weltanschauung von vorgestern. Aber dazu müssen auch wir lernen, zu unserer eigenen Hilfsbedürftigkeit zu stehen, daß wir nicht alles allein können, daß wir die Jugend brauchen. Nachdem wir viel gearbeitet haben – und meines Erachtens zu Recht auf einiges mit Befriedigung schauen dürfen, während vieles noch zu tun bleibt –, müssen wir lernen, um Hilfe zu bitten. Gerade diese Bitte um Hilfe wird den Jungen das Gefühl geben, gebraucht zu werden, nötig zu sein, und wird ihre Ich-Entwicklung fördern. Damit können auch gefährliche Tendenzen, vor allem die ungelöste Aggression, sozialisiert werden, und die mitmenschliche Intimität muß weniger gefürchtet werden. Der autonome Mensch muß sehen, daß er den Mitmenschen braucht. Der Mensch muß um Identität und Bindung ringen, er wird dies im Abendlande immer tun müssen, jede Generation auf ihre Weise.

Literatur

[1] Urs Baumann, «Die Situation der heutigen Jugend und der Militärdienst», Armee-Motor 23, August 1969.
[2] Peter Brosch, «Fürsorgeerziehung, Heimterror und Gegenwehr», Frankfurt am Main/Hamburg 1971.
[3] Erik Erikson, «Jugend und Krise», Stuttgart 1970.
[4] Alfred Häsler, «Der Aufstand der Söhne», Zürich 1969.
[5] Jeanne Hersch, siehe Häsler, S. 269ff.
[6] Herbert Marcuse, «Der eindimensionale Mensch», Neuwied/Berlin 1968.
[7] Margaret Mead, «Der Konflikt der Generationen», Olten 1971.
[8] Fritz Meerwein, «Die psychologische Situation der heutigen Jugend», Psychosomatische Medizin, Heft 2/3, Band 3, S. 86ff.
[9] Hans Zbinden, «Die geistige Situation der Jugend heute», Frauenfeld 1971.

Zwischen Abschreckung und Kriegführung

Schweizerische «Dissuasion» in der Praxis

Oberstlt i Gst Gustav Däniker

Die Bewältigung der Zukunft umfaßt nicht zuletzt die Meisterung der Sicherheitsprobleme. Vorläufig geht es allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz um Bewahrung der Unabhängigkeit und damit Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und Behauptung des Territoriums, wobei die Entwicklung der politischen und militärpolitischen Umwelt zum entscheidenden Faktor wird und sorgfältig analysiert sein will.

Aktuelle und künftige Herausforderungen

Eine Vorschau auf das internationale System nach 1985 läßt verschiedene Hypothesen zu, die man stark vereinfachend mit

I. Entspannung, Evolution
II. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Revolution, internationaler Bürgerkrieg
III. UdSSR Weltmacht Nr. 1, Finnlandisierung, evtl. Satellisierung Europas
IV. Fortdauern des atlantischen Systems, Europa erstarkt wirtschaftlich und politisch
V. Dritter Weltkrieg

umschreiben könnte. Wer eine Hypothese als völlig unwahrscheinlich beiseite schieben wollte, wäre kaum realistisch. Das zeigt aber, daß wir nach wie vor auf die verschiedensten Konfliktsformen, nämlich auf die politisch-ideologisch-wirtschaftliche Auseinandersetzung im «*Nicht-Krieg*», auf den «*subversiv-revolutionären Kampf*», auf den «*konventionellen Krieg*» und auf den «*Krieg mit Massenvernichtungsmitteln*», vorbereitet sein müssen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß auf all diesen Konfliktsebenen wirkungsvolle Erpressungen möglich sind.

Mit zwei Herausforderungen, die für uns verhältnismäßig neu sind, müssen wir uns besonders befassen. Die erste ist die «*Herausforderung durch den Frieden*», negativ ausgedrückt könnte man sie als «Sog» bezeichnen, der unserer Selbstbehauptung unter Umständen gefährlicher werden könnte als ein starker Druck von außen. Unter diesen Begriffen muß man die Anstrengungen verstehen, der sogenannten «Friedenssicherung» den Primat einzuräumen. Von Friedens- und Konfliktsforschung, von humanitären Offensiven und guten Ratschlägen an Dritte erwartet man das Heil.

Wer so argumentiert, vergißt, daß Friedenssicherung heute und in absehbarer Zukunft vor allem eine Frage der Macht ist. Das Beispiel der UNO zeigt, daß eine noch so humane Charta nicht genügt, wenn die Mittel fehlen, sie gegenüber einem Rechtsbrecher durchzusetzen. Gerade ein Kleinstaat muß deshalb seine Friedensinitiativen sorgfältig erwägen, wenn er sich nicht nutzlos verausgaben will.

Und noch ein Punkt gehört in diesen Zusammenhang. Mit Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß es auch bei uns Kreise gibt, welche die Friedensforschung als Instrument des Konfliktsmanagements in Friedensforschung als Gesellschaftsveränderung umfunktionieren wollen. Man will «latente Konflikte offenbar machen, um den Frieden zu gewinnen», und man verherrlicht die doppelte Legalität. Die gleichen Leute, die ausgerechnet der Schweiz Abkehr vom militärischen Denken und Hinwendung zur Friedensliebe predigen, stoßen sich nicht

an «einem bißchen Gewalt», das der Zersetzung und letzten Endes dem Umsturz dienen soll. Sie können uns nicht hindern, sorgfältig zu prüfen, auf welche Weise auch die Schweiz vermehrt zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung beitragen kann, aber sie werden in Kauf nehmen müssen, daß wir das mit besonderer Vorsicht und ohne Preisgabe bewährter Verteidigungsvorkehrungen tun.

Die zweite Herausforderung, die wir heute annehmen müssen, ist die «*Erosion und Subversion*». Beide Erscheinungen stehen in engem Zusammenhang, müssen aber unterschiedlich beurteilt werden. Unter Erosion ist das natürliche Abbröckeln alter Traditionen und Formen zu verstehen, wie es der Wandel der Gesellschaft mit sich bringt. Die Jungen haben das Recht, das Denken und Handeln der Ältern in Frage zu stellen. Es zeugt von der Lebensfähigkeit eines Volkes, wenn auf diese Weise eine laufende Erneuerung vor sich geht. Aber da auch dieser Prozeß die Sicherheitsinstitutionen kurzfristig schwächt, stellt sich die Frage nach einem kontrollierten, sinnvollen Rhythmus der Neuerungen.

Die Erosion wird erst zum Problem, wenn sie von subversiven Elementen ausgenützt wird. Unter dem Deckmantel von Reformabsichten und unter Ausnützung latenten Mißbehagens streben sie nach der Auflösung und Vernichtung der heutigen Gesellschaftsordnung. Anarchistische Tendenzen mischen sich mit marxistisch-leninistischen Vorstellungen. Guerilla-Romantik und Langeweile einer übersättigten, durch die unüberschaubare Welt der Erwachsenen – das System – frustrierten Jugend ergänzen das Bild. Revolutionäre Ideale und Methoden werden importiert.

Klischees aus der Rumpelkammer des Klassenkampfes werden selbst auf unsere Milizarmee übertragen. Der Umstand, daß jede militärische Organisation auf Befehl und Gehorsam aufgebaut sein muß, um unter den harten Bedingungen eines Krieges bestehen zu können, wird in Herrentum und Knechtschaft umgefälscht. Eine ebenso läppische wie in ihrer Gemeinheit kaum überbietbare Propaganda sucht Kader und Mannschaft zu trennen, Zweifel zu säen und alle diejenigen lächerlich zu machen, die aus Instinkt oder dank rationaler Überlegung zum Schluß kommen, daß dieser Angriff unter der Gürtellinie nichts mehr mit konstruktiver Kritik, sondern nur noch mit gewollter Zersetzung zu tun hat. Wird sich unser Volk, wird sich unsere Armee dieser Herausforderung gegenüber als stark genug erweisen? Daß sie andernorts zur meßbaren Schwächung der Widerstandskräfte beigetragen hat, muß uns mindestens zu denken geben.

Zusammenfassend kann man im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen sagen:

- Die materielle und somit potentielle Bedrohung wächst, auch wenn dies für den Laien kaum merklich geschieht.
- Der Druck von außen, der in der Regel zusammenschweißt, verliert an Wahrnehmbarkeit.
- Der Sog illusionärer Friedensideen wird stärker.
- Die natürliche Erosion der Institutionen nimmt zu.
- Die Subversion als willentlicher Angriff gegen unseren Staat und seine Wirtschafts- und Sozialordnung nimmt zwar häufig groteske Formen an, ist jedoch namentlich im Hinblick auf die weltweiten revolutionären Tendenzen ernst zu nehmen.

Wir stehen offenbar vor einer neuen Bedrohungssituation.

Strategie als Antwort

Im Lichte solcher aktueller Bedrohungen und im Hinblick auf die künftig möglichen Entwicklungen konnte selbst die relativ junge Gesamtverteidigung nicht die abschließende Antwort sein. Sie ging aus Studien hervor, die sich darum bemühten, die vorhandenen zivilen und militärischen Selbstbehauptungskräfte zu koordinieren und mittels einer bisher nicht bestehenden Leitungsorganisation für den Bundesrat lenkbar zu machen.

Konzeptionen für die Zukunft zu entwerfen, nötigenfalls neue Abwehrinstrumente zu entwickeln und bereitzustellen, war ursprünglich nicht ihre Sache.

Hier mußte das einsetzen, was wir das strategische Denken nennen: die umfassende und weitsichtige Konzipierung des Einsatzes aller zivilen und militärischen Kräfte, die der Selbstbehauptung gegenüber Drohung, Machtmißbrauch und gewaltsamem Angriff oder gegenüber Auswirkungen kriegerischer Handlungen in den Nachbarstaaten dienen.

Wenn es vielleicht eher ein Zufall war, daß die vom Bundesrat eingesetzte Studienkommission für strategische Fragen (Kommission Schmid) 1967 ihre Arbeiten aufnahm, so kamen ihre Ergebnisse just im rechten Moment. Nämlich dann, als es nötig wurde, eine Reihe von Grundfragen im Verhältnis zwischen Politik und Selbstbehauptung neu zu klären, und als es darum ging, neue Methoden eben dieser Selbstbehauptung zu entwikkeln.

Während Gesamtverteidigung einerseits die Leitungsorganisation und anderseits die Summe aller Selbstbehauptungsmaßnahmen bezeichnet, hat Strategie eine zusätzliche kreative und prospektive Dimension. Sie ist – wenn wir vom modernen, der angelsächsischen Welt entstammenden und von französischen Theoretikern weiterentwickelten umfassenden Begriff ausgehen – eindeutig übergeordnet. In ihren Grundsätzen, ihren Richtlinien und ihrer ständigen Auseinandersetzung mit künftigen Herausforderungen und den Möglichkeiten, diesen gegenüberzutreten, greift sie weit über das hinaus, was wir unter Organisation verstehen. Sie ist ein von gewissen Randbedingungen und Grundsätzen abhängiger, ständiger interdisziplinärer Denkprozeß.

General Beaufre hat den Strategen einmal mit einem Chirurgen verglichen, der einen Kranken, dessen Anatomie er nicht kenne, auf einem Operationstisch, der sich ständig in Bewegung befinde, mit Instrumenten, die er zum erstenmal in den Händen halte, operieren soll. Auch wenn wir nicht so weit gehen wollen, muß doch zugegeben werden, daß die Notwendigkeit, weittragende Entscheidungen in einem Zustand allgemeiner Ungewißheit zu fällen, ein wesentliches Merkmal der Strategie ist. Selbst wenn sie so weit wie möglich auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut und wissenschaftliche Methoden zur Anwendung bringt, wird sie kaum als Wissenschaft bezeichnet werden können. Sie steht der sogenannten Staatskunst näher, einer freien, schöpferischen Geistestätigkeit. Sie ist die moderne Methode der obersten politischen Behörde, in unserem Fall des Bundesrates, zur Ausübung seiner Sicherheitspolitik.

Strategie verhält sich somit zu dem, was wir als Gesamtverteidigung bezeichnen, wie etwa das Recht zur Jurisprudenz oder die Gesetze zu der sie anwendenden Regierung. Die Gesamtverteidigung muß einerseits zur Entwicklung der Strategie beitragen und anderseits für ihre Durchführung besorgt sein. Ihr gegenwärtiger Auftrag, eine strategische Konzeption der Schweiz zu entwerfen, gehört in den Rahmen ihrer Aufgabe, die sicherheitspolitischen Entscheidungsgrundlagen für den Bundesrat zu erarbeiten. Kehren wir aber zurück zu dem, was uns am *Bericht Schmid,* der die Grundlagen für diese strategische Konzeption erarbeitet hat, wesentlich dünkt. Es sind dies vor allem folgende Punkte:

1. Der Bericht Schmid sagt zum Verhältnis zwischen Gesellschaft und Selbstbehauptungspolitik Wesentliches aus. Er zeigt einerseits, daß Strategie nie Selbstzweck sein kann und lediglich

die Aufgabe hat, das politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben gegen äußere Gewalt und Subversion abzuschirmen. Anderseits scheut er sich auch nicht, klarzumachen, daß der Friede an sich nicht unser Ziel sein kann, sondern zum Ziel des «Friedens in Unabhängigkeit» integriert erscheinen muß.

Diese Unabhängigkeit wiederum wird nicht eng ausgelegt. Es geht nicht um den absoluten Sinn des Wortes, der im Zeitalter weltweiter Interdependenzen und wirtschaftlicher Verflechtungen neu interpretiert werden muß, es geht vielmehr um die Aufrechterhaltung der Selbstbestimmung – ein Recht, das dann, wenn es uns gefällt, sogar dazu führen könnte, gewisse Souveränitätsrechte nach Abwägung aller Vor- und Nachteile freiwillig preiszugeben.

Lesenswert sind insbesondere auch die Kapitel über die innere Verfassung des Staates, die Information und das Führungsbedürfnis unter äußerem Druck. Wiederum kommt zum Ausdruck, daß der innere Zustand nicht von Staates wegen geplant und beeinflußt werden soll, so grundlegend er für die Strategie auch ist. Aus der politischen Auseinandersetzung im Innern soll vielmehr die strategische Zielsetzung und auch die Kraft zu strategischen Maßnahmen abgeleitet werden. Allen Problemen der Zeit zum Trotz, die sich unserer Gesellschaft und ihrem inneren Zusammenhalt stellen, wird an dieser Reihenfolge, die der Demokratie schweizerischer Prägung einzig entspricht, festgehalten. Das da und dort geäußerte Bedenken, daß die Ausrichtung auf eine umfassende Selbstbehauptung zwangsläufig zum Versuch führen müsse, das ganze Volk zu militarisieren, wird somit eindeutig widerlegt.

Und noch ein anderes Bedenken fällt weg: Das schweizerische strategische Denken ist kein Relikt der sogenannten «Igelneurose», kein Instrument der Abkapselung und der Aufrechterhaltung eines äußeren und inneren Status quo. Es ist einzig die Reaktion auf die derzeitigen und zukünftigen Bedrohungen. Internationale Solidarität und Mitverantwortung sowie innere Entwicklungen werden keineswegs ausgeschlossen. Sie sind anerkannte Randbedingungen, in einem beschränkten Maße sogar Instrumente unserer Strategie.

2. Die Antwort auf die Hauptfrage, «Wie kann sich der neutrale Kleinstaat im ausgehenden 20. Jahrhundert behaupten?», wird unter Hinweis auf zahlreiche zivile und militärische Anstrengungen gegeben, die aber alle unter dem einen zentralen Gedanken der Kriegsverhinderung stehen. Die alte Idee, wir müßten jedem potentiellen Gegner klarmachen, daß der «Eintrittspreis» in unser Land im Verhältnis zum Gewinn viel zu hoch wäre, findet ihre Ausweitung und Übertragung auf die neuen, weit komplexeren Verhältnisse. So gehören zur modernen Kriegsverhinderung auch außenpolitische Maßnahmen, die der allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung dienen. Auf diesem Feld müssen wir zweifellos noch Fortschritte machen, doch ist noch einmal vor einem zu großen Optimismus in bezug auf solche Anstrengungen zu warnen.

Zur Kriegsverhinderung, so macht der Bericht Schmid deutlich, gehören vor allem aber ganz handgreifliche und damit erst glaubwürdige Verteidigungsvorbereitungen. Sie machen den Stellenwert der sogenannten «Dissuasion» aus, eines Begriffes, den man eingeführt hat, um das zu starke Wort «Abschreckung» und den wenig bildhaften Ausdruck «Abhaltung» zu vermeiden. Es geht dabei um die sichtbare geistige Entschlossenheit und zugleich um die materielle Fähigkeit, einem feindlichen Angriff standzuhalten, selbst wenn er nicht nur gegen die Armee, sondern auch gegen die Bevölkerung vorgetragen wird.

In diesem Bereich sind also militärische Abwehrkraft, Zivilschutz, wirtschaftliche Kriegsvorsorge und zivil-militärische Infrastruktur gleichwertige Teile ein und desselben strategischen Instrumentariums. Ihr Ineinandergreifen verhindert, daß Abwehrlücken bestehen, die ein geschickter Gegner ausnützen kann, um die starken Stellen der Verteidigung zu umgehen oder zu unterlaufen. Auf diesen zentralen Begriff der «Dissuasion» kommen wir zurück.

3. Daß die Kommission Schmid nicht davor zurückgeschreckt ist, auch heiße Eisen anzufassen, beweist das Kapitel über die Frage der nuklearen Bewaffnung. Dem kardinalen Problem des Atomzeitalters kann kein modernes Sicherheitsdenken ausweichen. Dabei geht es nicht allein um den Entscheid, ob Atomwaffen für die schweizerische Landesverteidigung notwendig sind, sondern um den viel weitschichtigeren Fragenkomplex, welche Möglichkeiten dem Kleinstaat inmitten einer von Supermächten und Superwaffen bedrohten Staatenwelt überhaupt noch offenstehen.

Die Kommission hat sich mit beidem befaßt und festgestellt, daß Atomwaffen für strategischen Gebrauch (das heißt für eine Abschreckung durch Vergeltungsdrohung) außerhalb unserer Möglichkeiten liegen, daß umgekehrt eine operative und taktische Atombewaffnung unsere Verteidigungskraft erhöhen würde und wohl auch realisierbar wäre, wobei darauf geachtet werden müßte, daß die konventionelle Bereitschaft unter der nuklearen Anstrengung nicht zu leiden hätte. Die Kommission gelangt denn auch zur Forderung, daß die Schweiz sich die Option schaffen und offenhalten müsse, notfalls Atomwaffen herzustellen. Entsprechende Studien sollen nicht nur diese Aspekte näher abklären, sondern auch alle Möglichkeiten der Abwehr der Atomgefahren von Volk und Armee erschöpfend prüfen. Wie weit der Bundesrat dieser Empfehlung Folge leisten will, ist noch nicht bekannt.

Daß Strategie im skizzierten Sinne ein bedeutendes und dauerndes Führungsbedürfnis mit sich bringt, führt ferner zur Forderung nach Führungsinstanzen, die sowohl dem Anspruch auf Legitimität als auch auf Leistungsfähigkeit genügen. Ihrer Problematik, insbesondere bei Nukleareinwirkungen, im Falle einer Besetzung und im Bündnisfall gelten Empfehlungen, die mittlerweile überprüft werden. Der politisch-psychologischen Führung der Nation in Krisenzeiten wird mit Recht besondere Bedeutung beigemessen und der Grundsatz einer möglichst umfassenden, auf Wahrheit beruhenden Information aufgestellt.

4. Als vielleicht wichtigstes, weil in die Zukunft weisendes Ergebnis des Berichtes Schmid ist abschließend auf die Schlüsse hinzuweisen, welche die Kommission im Hinblick auf die Weiterentwicklung des strategischen Denkens in der Schweiz gezogen hat. Sie verlangt nichts weniger als eine wissenschaftliche Systematisierung der Studien in einem Institut für Sicherheitspolitik einerseits und einem Institut für Atomfragen anderseits. Diese Institute würden die Grundlagen für eine systematische Schulung und Einübung der umfassenden Landesverteidigung schaffen. Letztere wäre nicht mehr nur eine Domäne der höheren militärischen Führung, sondern ebensosehr ein Lehrfach für die zivilen Behörden und die taktischen Kommandostufen der Armee. Die Stichworte «gemeinsame Infrastruktur», «Katastrophenhilfe» und «integrierte Stäbe» genügen, um deutlich zu machen, daß interdisziplinäres Denken und Handeln, das bislang kaum gefordert wurde, zu erstrangiger Bedeutung gelangt ist und gründlich einexerziert werden muß.

Dissuasion als Hauptaufgabe

Mit den Erkenntnissen der Kommission Schmid ist unseres Erachtens vieles, aber beileibe nicht alles gewonnen. Sie schaffen die Voraussetzungen, von einer vernünftigen und gesicherten

Plattform aus unsere strategischen Selbstbehauptungsprobleme anzugehen. Diese Probleme sind aber noch keineswegs gelöst.

Das Hauptproblem der schweizerischen Landesverteidigung ist im Bereich des psychologisch-militärischen Druckes angesiedelt, den eine fremde Großmacht auf uns auszuüben vermag. Es läßt sich mit folgendem Schlagsatz umreißen: Abschreckung ausüben können wir nicht, und Krieg führen wollen wir nicht. Hiezu bedarf es einiger Erläuterungen.

Abschrecken können wir nicht. Dies gilt heute bei uns als Axiom. Man kann Verständnis aufbringen für diejenigen, die ethische Hemmungen empfinden und erklären, eine Schweiz, die abschrecke, sei eine abschreckende Schweiz. Mit dem Schlimmsten drohen, um das Schlimmste zu verhüten, scheint ihnen eine bedenkliche Methode. Diesen Leuten gelingt es anderseits aber ausgezeichnet, mit dem Problem fertig zu werden, daß sie von der gegenseitigen Abschreckung Dritter profitieren.

Man kann auch Verständnis für diejenigen haben, die an der technischen Glaubwürdigkeit einer schweizerischen Atommacht zweifeln. Vieles spricht heute dafür, daß sie recht haben. Es ist hier nicht der Ort, sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen, aber eines sollte man vielleicht tun: die Gesetze der atomaren Abschreckung eingehend studieren. Es war niemals die Rede davon, Atommächte durch einen Erstschlag am Einsatz von Atomwaffen gegen uns zu hindern. Es handelte sich vielmehr darum, notfalls eine für den Angreifer empfindliche, das heißt im Verhältnis zur Zielsetzung untragbare Vergeltung ausüben zu können, was ihn von einem Angriff abhalten sollte. Das ist eine völlig andere, wenn auch kaum minder schwierige Fragestellung.

Doch lassen wir das Axiom vorderhand einmal gelten. De facto gilt es heute ohnehin. Wenn wir aber nicht abschrecken können und angesichts der Folgen, die selbst ein konventioneller Krieg für uns hätte, keinen Krieg führen wollen, was können wir dann tun? Das Rezept lautet: Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft, neuerdings Dissuasion genannt. Dissuasion im Sinne von Abhaltung und nicht von Abschreckung, obgleich der Terminus in Frankreich im Begriff der Force de dissuasion just für letzteren Begriff verwendet wird.

Hier dürfen wir uns nicht mit dem Schlagwort zufriedengeben. Glaubwürdige Dissuasion soll jeden potentiellen Angreifer zur Überzeugung bringen, daß sich sein Angriff auf die Schweiz nicht lohnen würde, weil er mehr verliert, als er letztlich gewinnen könnte. Wie aber wird sie erreicht?

- Der Armee als dem einzigen Machtmittel des Staates kommt weiterhin größte Bedeutung zu. Wer immer sie zugunsten anderer Elemente, wie Zivilschutz, Katastrophenhilfe, Krisensicherung usw., abbauen wollte, würde unsere Sicherheit wesentlich beeinträchtigen. Der Stellenwert der Dissuasion wird durch effektive Kampf- und Durchhaltekraft bestimmt.
- Dennoch ist die Erzeugung von Dissuasion ein wahrhaft interdisziplinäres Problem. Sie kann nur mit einem System der Selbstbehauptung erreicht werden. Es geht um ein wechselseitiges Zusammenwirken aller zivilen und militärischen Dissuasionselemente, die sich gegenseitig durchdringen und stützen müssen.
- Im militärischen Bereich ist die Sache leicht verständlich. Erfüllt der Zug seinen Auftrag nicht, können Kompanie und Batterie nur schwer Erfolg haben. Versagen Bataillone und Abteilungen, werden Regiments- und Divisionsaufträge in Frage gestellt. Die Tüchtigkeit des Zugführers, des Kompanie- und Bataillonschefs ist somit ein Element der Dissuasion. In der Kaderarbeit der Schulen und Kurse wird täglich und stündlich über die Glaubwürdigkeit unserer Anstrengungen entschieden. Denn wenigstens eines ist dem Schweizer Milizsoldaten ungleich den erst neuerdings auf Kriegsverhinderung eingestellten Soldaten anderer Länder längst klar: Die ernsthafte und sorgfältige Vorbereitung auf den Ernstfall ist es, welche diesen Ernstfall unwahrscheinlich macht. Erfolgreich Krieg führen können, um nicht Krieg führen zu müssen, ist ein Ziel an sich.
- Wir haben vor Jahren angeregt, Fragen der materiellen Bereitschaft, der Ausrüstung und der Ausbildung unter dem Gesichtspunkt der Kriegverhinderung und nicht allein der Kriegführung zu betrachten. Es scheint, daß diese Optik Mühe macht. Aber es gibt zweifellos Mittel und Maßnahmen, die auf die Absicht eines möglichen Gegners, uns anzugreifen, dämpfender wirken als andere. Die Analyse seiner möglichen Kriegsziele müßte uns ein Anhaltspunkt zu ihrer Definition sein.

Der Gegner kann unsere Niederwerfung und die Besetzung der Schweiz anstreben, oder er kann unser Territorium für den Durchmarsch benützen wollen. In beiden Fällen geht es darum, den Eintrittspreis möglichst hoch zu schrauben und jedem, der sich eine Aggression überlegt, hohe Verluste in Aussicht zu stellen. Die Armee muß also imstande sein, abzunützen, Raum zu behaupten und zurückzuschlagen. Dies gilt im besonderen Maß auch für unsere Luftverteidigung. Nachdem die NATO auf gute Nord-Süd-Verbindungen angewiesen ist und der Warschauer Pakt die neutrale Zone im Herzen Europas unter Umständen für ein rasches und möglichst ungehindertes Vordringen nach Westen ausnützen möchte, ist die Dissuasion nur durch eine angemessene Präsenz in der Luft zu erreichen.

Anerkennt man diese Ziele, so drängen sich Fragen zu unserer Rüstung und Organisation auf:

- Dient es der Dissuasion, wenn wir trotz lauten Mahnrufen Jahr für Jahr einfach unsere «Raumschutzlücke» zur Kenntnis nehmen, ohne weder auf dem Flugzeug-, noch auf dem Fliegerabwehrsektor Abhilfe zu schaffen?
- Ist es richtig, daß unsere modernsten Flabwaffen zum Schutze anderer Flabverbände eingesetzt werden, während unsere schlagkräftigsten Kampf- und damit Dissuasionselemente, die mechanisierten Verbände, gegen Angriffe aus der Luft nur ungenügend geschützt sind?
- Welches Flugzeug ist das bessere Kriegsverhinderungsinstrument: der reine Erdkämpfer oder ein Muster, das neben Erdkampfeignung noch Selbst- und Drittschutzeigenschaften hat und somit Raumschutzaufgaben übernehmen kann?
- Ist es verantwortbar, alle bestehenden Verbände aufrechtzuerhalten und deswegen auf Bestandesreserven und die Einführung dringend benötigter Kampfmittel für den modernen Krieg, wie zum Beispiel Jagdpanzer, verzichten zu wollen?
- Ist es unvermeidlich, in Kauf zu nehmen, daß infolge von Teuerung und Umfang der Armee der jährliche Zuwachs an Kampfkraft praktisch Null wird, weil die Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt ständig sinken, oder wäre es angezeigt, das Schweizervolk offen zu informieren, welche Lücken und Risiken mit dem Schrumpfen des Militärbudgets in Kauf genommen werden?

Die Liste ließe sich verlängern. Zivilschutz und Kriegswirtschaft mit ihrer Wirkung auf den Durchhaltewillen wären einzubeziehen. Doch darf die nötige Gewichtung nicht vergessen werden. Der Armee als einzigem Machtmittel des Staates kommt nach wie vor größte Priorität zu. Glaubwürdige Dissuasion hängt in erster Linie von der Fähigkeit zum effektiven Wider-

stand ab, auch wenn es wichtig ist, die Flanken gegen mögliche – namentlich psychologische – Umgehungsfronten abzusichern.

Die Notwendigkeit solcher Absicherung besteht nun nicht allein für den Fall eines Angriffs auf der konventionellen Ebene. Sie ist ebenso wichtig gegenüber der eingangs erwähnten modernen Kriegsform des subversiv-revolutionären Angriffs. Hier allerdings tritt ein besonderes Handicap der Demokratie auf: Der Staat will, kann und soll nur im äußersten Notfall eingreifen, dann nämlich, wenn kollektive Gewalt im Innern ihrerseits die Selbstbehauptung der Nation in Frage stellt. Jeder von uns ist sich aber bewußt, daß die Aufwiegelung zu solcher Gewalt, die Zersetzungsbemühungen und die Verunsicherung, die zu einem sogenannt revolutionären Klima führen sollen, bereits im Gange sind. Wie spielt hier die Dissuasion?

Sie spielt, so möchten wir annehmen, nicht zuletzt dank der Tatsache, daß wir alle nicht nur Soldaten, sondern zugleich Bürger sind und uns als Bürger und nicht nur als Militärtechniker für unsere Selbstbehauptung verantwortlich fühlen. Hier erwächst dem Milizkader auf jeder Stufe eine eminent wichtige zusätzliche Aufgabe. Viele von uns erfüllen sie täglich in ihrem Bereich, indem sie der erwähnten Verunsicherung entgegentreten, mit Zweiflern diskutieren, Unterschiebungen und Lügen zurückweisen und ganz allgemein zu verstehen geben, daß individuelle Freiheit und Demokratie mehr denn je verteidigungswürdig sind und heute noch glaubwürdig verteidigt werden können.

Andere wieder sollten aktiver werden. Es geht nicht um Betriebsamkeit, sondern um Wachsamkeit, subversive Angriffe zu erkennen und abzuweisen, um Selbstkritik und Aufgeschlossenheit, notwendige Verbesserungen anzunehmen oder selbst herbeizuführen, und um die Courage, überall dort einzugreifen, wo man Gutgesinnte stützen, Schwankenden den Weg und Übelwollenden den Meister zeigen kann. Statt sich in die Defensive drängen zu lassen, gilt es, darzulegen, daß man für die Armee eintreten kann, ohne «Militarist» zu sein, daß der Kleinstaat auch heute noch Chancen hat und daß es in der Schweiz mehr als eine halbe Million Männer gibt, die Dienst leisten und sich dafür mindestens so sehr auf ihr Gewissen berufen können wie viele derjenigen, die, der Mode folgend, mit Dienstverweigerung von sich reden machen.

Während die Armee eine Organisation zur Vorbereitung auf den Kampf bleiben muß und keinesfalls in einen Debattierklub «umfunktioniert» werden darf, auch wenn gelegentliche Aussprachen klärend wirken und erwünscht sind, steht in diesem Bereich das Gespräch, die Diskussion im Vordergrund. Wer daran teilnimmt, leistet unseres Erachtens eine spezielle, aber nicht minder wichtige Art von außerdienstlicher Tätigkeit.

Skizze einer schweizerischen Sicherheitspolitik

Zum Abschluß wollen wir andeuten, welche Elemente aus den vorstehenden und ähnlichen Überlegungen abgeleitet werden können und unseres Erachtens abgeleitet werden sollten.

Zuerst das Grundsätzliche:

Sicherheit vor fremder Gewalt ist ein Uranliegen des Menschen. Staatsgründungen sind nicht zuletzt deswegen erfolgt, um diesem Anliegen zu genügen. Auch der Staatenwelt von heute geht es primär um die Sicherheit ihrer Bürger. Jeder Versuch, das Sicherheitsbedürfnis als Igelmentalität und Selbstgenügsamkeit zu verunglimpfen, ist deshalb verfehlt.

Sicherheitsbedürfnis und Weltoffenheit schließen sich nicht aus. Eine Gegenüberstellung der «Suisse des bastions» mit der «Suisse des carrefours» im Sinne von Alternativen lehnen wir ab. Gerade wer sich sicher weiß, kann Hand zu großzügigen Lösungen bieten. Die bewaffnete Neutralität war lange Zeit Voraussetzung für die humanitäre Tätigkeit der Schweiz; es macht den Anschein, daß sie eine ebenso wertvolle Voraussetzung der Solidarität im modernen Sinne ist.

Wir stehen in einer Epoche des Übergangs, in der sich auch in Europa große Veränderungen anbahnen. Noch aber wissen wir nicht genau, wohin der Weg führt. Die große Leistung, die uns deshalb abgefordert wird, besteht darin, daß wir an Stelle eines absoluten Entweder-Oder ein sehr differenziertes Sowohl-Als-Auch anerkennen müssen:

– sowohl Öffnung nach außen	wie Bewahrung nationaler Positionen;
– sowohl tätige Mitwirkung an der Gewinnung eines allgemeinen und dauerhaften Friedens	wie Kampfbereitschaft im Hinblick auf aktuelle und künftige Gefahren;
– sowohl aufgeschlossene Bewältigung von Zukunftsproblemen	wie Verteidigung zeitlos gültiger Prinzipien;
– sowohl Wissen um die Relativität unserer Anstrengungen	wie Opferbereitschaft und ernsthafte, ja verbissene Bemühung um Perfektion in allen Einzelheiten;
– sowohl strategische Handlungsfreiheit	wie demokratische Legitimität.

Wer sich überfordert fühlt, sollte daran denken, daß solche Differenziertheit nicht nur im Hinblick auf die schweizerische Sicherheitspolitik vonnöten ist. Die Menschheit wird entweder zu ihr vorzustoßen vermögen oder früher oder später am Mißbrauch der eigenen Möglichkeiten zugrunde gehen.

Dieses Sowohl-Als-Auch setzt sich auch in der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen fort. Ausgehend vom bereits definierten Ziel des Friedens in Unabhängigkeit und vom Willen, die Arena der demokratischen Auseinandersetzung gegen Gewalt aller Art abzuschirmen, drängen sich folgende Maßnahmen auf:

1. Maßnahmen, die der allgemeinen Friedenssicherung und der Krisenbeherrschung dienen. Hier herrscht zweifellos ein Nachholbedarf. Die Meinungsbildung über diesen Aspekt der Selbstbehauptung hat kaum begonnen. Es geht hier um eine Verstärkung unserer Anstrengungen, aber auch darum, das richtige Maß zu finden.

2. Maßnahmen zur Bekämpfung der subversiv-revolutionären Aggression. Hier wird das Schwergewicht auf der positiven Entwicklung des Staatswesens und der glaubwürdigen Beantwortung kritischer Fragen liegen müssen, aber es wäre falsch, nicht rechtzeitig gegen die Zersetzung Front zu machen und nötigenfalls auch Gewaltakte im Innern mit adäquaten Mitteln zu vereiteln.

3. Maßnahmen der Dissuasion (Kriegsverhinderung) im weitesten Sinne, die den offenen Konflikt unwahrscheinlich machen.

4. Vorbereitung effektiver und erfolgreicher Kriegführung für den Fall, daß die Dissuasion versagt.

5. Maßnahmen zur Weiterführung eines aktiven und passiven Widerstandes, wenn trotz allen präventiven und kämpferischen Anstrengungen Teile des Staatsgebietes oder gar das ganze Land besetzt werden sollten.

6. Ausbau des strategischen Apparates, damit wir in der Lage sind, sowohl neue Bedrohungen und deren Bewältigung als auch neue Möglichkeiten der Friedenssicherung laufend zu erkennen und zu beurteilen.

Auf Grund dieser Hauptaufgaben sollte unser heutiges strategisches Instrumentarium kritisch überprüft und wo nötig ausge-

baut werden. Wichtig scheint dabei einerseits die Erkenntnis, daß auch der Kleinstaat nicht auf Machtmittel verzichten kann, und anderseits die Einsicht, daß die oberste politische Führung dieses System der Sicherheit einspielen und in den verschiedenen Bedrohungsphasen differenziert zum Einsatz bringen muß. Sie ist es, die unter Berücksichtigung der Lageentwicklung – wir möchten hoffen, behutsam und nicht überstürzt, aber notfalls tatkräftig und entschieden – die Schwergewichte verlagert.

Der Rückblick auf unsere eingangs aufgestellten Hypothesen zeigt, daß ein solches Sicherheitssystem dem Spektrum der möglichen Herausforderungen einigermaßen entspricht. Je nach den äußeren Ereignissen kommen die einen oder anderen Selbstbehauptungselemente schwergewichtig zum Zuge: In Hypothese I die Maßnahmen, die die friedliche Entwicklung noch unterstützen. In Hypothese II die geistig-psychologische Abwehr. In Hypothese III die Dissuasion und schlimmstenfalls Kriegführung und Widerstand. In Hypothese IV die Fähigkeit zur Kriegsverhinderung und schließlich in Hypothese V alles, was dem Überleben dient.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß unsere Anstrengung, das Zentrum Europas auf diese Weise zu behaupten, ihrerseits positive Wirkungen haben kann. Unser Einfluß mag verschwindend klein erscheinen, er kann ein Beitrag zur Förderung der Hypothese I, also friedlicher Entwicklungen, sein.

Der umfangreiche Katalog der erforderlichen Maßnahmen und Anstrengungen verliert an Schrecken, wenn unser bereits vorhandenes Instrumentarium und die bereits getroffenen Selbstbehauptungsvorkehrungen sinnvoll eingereiht werden. Doch wissen wir seit langem, daß die Aufrechterhaltung staatlicher Sicherheit eine permanente und schwere Aufgabe ist. An ihrer Bewältigung in der einen oder anderen Weise mitzuwirken, sind wir auch künftig aufgerufen.

«Es wäre eine Verkennung der Natur des Menschen, wenn man von jedem Soldaten verlangte, alle Entscheidungen des Alltags wie in der Stunde der Gefahr aus einer stets präsenten Einsicht, Verantwortung und eigenständigen Urteilskraft zu treffen, ohne Stütze in der Ordnung, in der Hierarchie der Ämter und in zweckvollen Formen. Mehr noch: Trotz Achtung vor der Individualität des einzelnen muß jede Armee auch gleichartige Reaktionen ihrer Angehörigen fordern und heranbilden. Auch in dieser Richtung kann die personale Autorität der Dienstgrade leiten, aber nicht allein.»
(Heinz Karst, «Das Bild des Soldaten», 1969)

Die maritime Expansion der Sowjetunion

L. M. von Taubinger

Die Entschlossenheit der Sowjetunion, die führende Seemacht der Welt zu werden, resultiert aus den allgemeinen Aspirationen der Russen auf die Welthegemonie und aus der Überzeugung, daß dieses Ziel nur durch ein Zusammenwirken aller Kräfte des Landes erreicht werden könne.

Demzufolge begann die Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg mit einem großen Schiffsbauprogramm, durch das das Land eine moderne und schlagkräftige Marine und Handelsflotte erhalten soll. Mit der Ausnahme von Flugzeugträgern sollen alle Schiffsarten der Kriegsmarine in der Sowjetunion gebaut werden. Das Endziel dieses Unternehmens wurde vom Politbüro folgendermaßen definiert: «Die Sowjetunion soll dadurch gegen jede maritime Drohung geschützt, gleichzeitig aber in die Lage versetzt werden, im Notfall einen Angriff selbst androhen zu können. In Friedenszeiten soll die Kriegsmarine die sowjetische Außenpolitik unterstützen.»

Im Sinne dieser Politik bauten die Russen ihre Kriegsmarine im Laufe der letzten Jahre wesentlich aus. Neben der Raketenrüstung wird die Weiterentwicklung der Marine in der sowjetischen Rüstungspolitik bevorzugt behandelt. Moskau verfügt heute über eine U-Boot-Flotte von mehr als 350 U-Booten, von denen 61 mit ballistischen Geschossen ausgerüstet und 90 atomgetrieben sind. Die Überwasserflotte setzt sich aus zwei Hubschrauberträgern, 20 Kreuzern, 103 Zerstörern, 105 weiteren größeren Begleitschiffen, 250 Küstenbegleitschiffen und U-Boot-Jägern, 140 mit Raketen ausgerüsteten Patrouillenbooten, 250 Schnellpatrouillenbooten, 180 Tiefseeminensuchern, 125 Küstenminensuchern, 105 Landungsschiffen und zahlreichen kleineren Landungsbooten zusammen. Diese in vier Flotten (Nordsee-, Baltische, Schwarzmeer- und Fernostflotte) gegliederte Seestreitkraft der Sowjetunion, der noch zahlreiche Flugzeuge angehören, rangiert in der Welt heute hinter der amerikanischen Marine bereits an zweiter Stelle.

Die Größe der sowjetischen Handelsmarine wurde seit 1955 vervierfacht und betrug im Jahre 1970 mehr als 14 Millionen BRT. Während ihr Anteil an der Welttonnage 1960 nur 2 Prozent ausmachte, erreichte er zehn Jahre später bereits 7 Prozent. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS behauptete diesbezüglich Ende des vergangenen Jahres, daß die Tonnage der Handelsflotte Ende 1971 bereits 15,8 Millionen BRT erreichte und pro Jahr um etwa 1 Million Tonnen erweitert wird.

Während die Sowjets die meisten Einheiten ihrer Kriegsmarine in den Heimatwerften herstellen, sind sie beim Ausbau ihrer Handels- und Fischereiflotte weitgehendst auf ausländische, vor allem osteuropäische, finnische, aber auch französische Docks angewiesen, da sie über zu wenig Werften verfügen und auf die Erzeugung von Handelsschiffen noch nicht genügend spezialisiert zu sein scheinen.

Ein bemerkenswertes Charakteristikum des sowjetischen Schiffsbauprogrammes ist die relativ geringe Größe der bestellten Schiffe. Die Russen haben offensichtlich nicht den Ehrgeiz, auf diesem Gebiet mit anderen Staaten zu konkurrieren und gleichfalls riesige Tanker und Containerschiffe zu bauen. Dies dürfte zum Teil aber auch auf die Schwierigkeiten größerer Schiffe beim Passieren des Bosporus oder der baltischen Meerenge zurückzuführen sein.